



Interviews

Datum: 19. Oktober 2025

Korbinian Frenzel im Gespräch mit Julia Klöckner, CDU, Präsidentin des Deutschen Bundestages

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Frenzel: Heute mit Korbinian Frenzel am Mikrofon, ich begrüße Sie von der Deutschlandfunkbühne auf der Frankfurter Buchmesse. Und ich freue mich auf das Gespräch mit der Präsidentin des Deutschen Bundestages, mit der CDU-Politikerin Julia Klöckner. Herzlich willkommen, schönen guten Tag.

Klöckner: Hallo, guten Tag.

Frenzel: Das war ja, Frau Klöckner, eine recht turbulente und volle Woche mal wieder im Deutschen Bundestag. Jetzt sind Sie hier auf der Frankfurter Buchmesse. Ist das, wie hätte es die frühere Kanzlerin gesagt, ein Wohlfühltermin?

Klöckner: Ja, also ich habe mich sehr gefreut, hier auf die Buchmesse zu kommen, weil in jeder Funktion, die ich bisher hatte, auch als Politikerin, habe ich es mir nie nehmen lassen, zur Frankfurter Buchmesse zu kommen. Und deshalb war das auch ein Sehnsuchtstermin. Und ich kam auch rechtzeitig aus der Plenardebatte los in Berlin, um da zu sein.

Frenzel: Wo begegnen Ihnen denn bessere Ideen für die Zukunft, auf der Buchmesse oder im Bundestag?

Klöckner: Na, das ist aber eine Fangfrage, würde ich sagen.

Frenzel: Ja, Sie dürfen es sich mit dem Publikum hier nicht verscherzen.

Klöckner: Ja, da haben Sie schon recht.

Frenzel: Und gleichzeitig müssen Sie auch wieder zurückkommen ins Parlamentsrund.

Klöckner: So ist es. Na ja, ob eine Idee für die Zukunft gut war und tragfähig ist, das wird sich ja meist später zeigen. Ich bin erst mal dankbar, wenn sich Menschen überhaupt Gedanken um die Zukunft machen und nicht nur schauen, ob das hier und jetzt für sie selbst gut ist, sondern dass man in längeren Linien eben denkt. Und bis

im Deutschen Bundestag eine vermeintlich gute Idee zum Tragen kommt, bedarf es ja eines eher längeren Gesetzgebungsverfahrens. Also ich würde jetzt mal sagen, eigentlich brauchen sich die beiden gegenseitig, Gesellschaft und Politik.

Frenzel: Gab es die Situation schon im Leben der Politikerin Julia Klöckner, dass Sie ein Sachbuch gelesen haben – ja, davon gehe ich aus, nein, der Satz geht noch weiter – und dann gedacht haben, ja, das klingt gut, lass uns das in Politik umsetzen oder zumindest in Ansätzen in Politik umsetzen?

Klöckner: Ja, natürlich gibt es das. Ich bin heute ja auch schon intensiv auf der Messe gewesen, habe vor allen Dingen sehr, sehr viel gesprochen mit Verlegern über die aktuellen, ich sage es jetzt mal, Herausforderungen. Das sagt man ja, weil es nicht so schlimm klingt wie Probleme. Aber das ist das Thema künstliche Intelligenz, das ist das Thema Quellenschutz, das ist das Thema Urheberschutz. Und es gibt natürlich Bücher, Sachbücher über das Thema KI, künstliche Intelligenz. Und die Frage ist ja gar nicht, wollen wir sie oder nicht. Sie wird kommen. Und was ich nicht verhindern kann, kann ich gleich freudig begrüßen, aber je früher ich an der Spitze der Bewegung bin, umso eher kann ich auch Regeln, die wichtig sind, auch einführen oder bestimmen. Und natürlich habe ich auch schon ein Sachbuch darüber gelesen, wie wichtig es wäre, dass es ein Wasserzeichen für KI-generierte Inhalte gibt, dass die Quellen, aus der KI sich Informationen zieht, dann auch honoriert werden, das ist klasse. Nur Deutschland alleine kann das nicht regeln. Da müssen wir europäisch auch aktiv werden, was ja mitunter auch angestoßen ist, aber das sind immer recht lange Wege natürlich.

Frenzel: Ich habe das anfangs gesagt mit der turbulenten Woche, weil ja in der Tat nicht einfach nur Sitzungswoche war, sondern auch einiger politischer Streit, Auseinandersetzung, gerade auch innerhalb der Koalition um das Wehrpflichtgesetz beispielsweise, innerhalb der Union noch mal ganz speziell um die Rente. Jetzt weiß ich, als Bundestagspräsidentin sind Sie nicht dazu berufen oder wollen sich nicht in der Rolle sehen, Tagespolitik zu kommentieren als, das muss man ja noch mal dazu sagen, Nummer 2 protokollarisch im Staate. Jetzt habe ich aber die Nummer 1 in dieser Woche gehört, nämlich den Bundespräsidenten, Frank-Walter Steinmeier, der sich ja ganz konkret geäußert hat, der Zweifel geäußert hat an diesem Losverfahren für die Wehrpflicht, der gleichzeitig dann auch gesagt hat, also in der Form, das sei eine kommunikative Fehlleistung gewesen. Jetzt könnten Sie natürlich sagen, das war schon mal falsch vom Bundespräsidenten. Ich würde fragen, müssen Staatsspitzen nicht auch manchmal mahnen, auch an die Adresse der Politik?

Klöckner: Ja, natürlich, das habe ich mitunter ja auch getan, als es um Frau Brosius zum Beispiel ging, als es um die Wahl der Bundesverfassungsrichter ging. Und

würde der Deutsche Bundestag, und es geht jetzt nicht speziell um Frau Brosius, sondern um das Faktum, dass der Deutsche Bundestag entscheidet. Und wenn er es nicht schafft, zu entscheiden, gibt er seine eigene Kompetenz ab im nächsten Schritt an den Bundesrat. Und da habe ich natürlich gemahnt, den Deutschen Bundestag, die Fraktionen, dass es wirklich nicht sein kann, dass man sich nicht einigt und nach der Sommerpause dann wirklich auch einen gangbaren Weg bzw. Vorschlag dann vornimmt und vorlegt. Ansonsten will ich aber gerne etwas sagen zum Begriff Streit. Auf der einen Seite wünschen wir uns - ganz häufig auch Journalisten: Mensch, es muss eine Debatte wieder geben, also Debatte statt Demontage. Argumente müssen zählen. Aber sobald wir in der Politik einfach das tun, was der Demokratie immanent sein sollte, unterschiedliche Sichtweisen auszutauschen, dann ist das plötzlich Streit. Wenn wir das Ganze besprechen hinter der Tür, eben nicht in der Öffentlichkeit, dann heißt es, es ist Hinterzimmer-Politik. Also ich will jetzt mal eine Lanze auch für Politikerinnen und Politiker brechen, die sich einem neuen Sachverhalt nähren. Wir haben die Wehrpflicht ausgesetzt. Sie ist nicht abgeschafft, und jetzt geht es darum, was ist sinnvoll in einer Zeit, wo die Wehrhaftigkeit unseres Landes notwendig ist auch für den europäischen Zusammenhalt, wie bekommen wir junge Menschen in diesen Dienst. Aber dass Politiker sich austauschen, pro und contra, auch mal eine Haltung verwerfen oder sagen, falsch abgebogen - Leute, das gehört dazu. Nur wenn das immer gleich heißt, das ist Streit, unvereinbar, Katastrophe, irgendwann müssen die Bürger auch sagen: „Um Gottes Willen, wie soll denn das weitergehen?“ Und da haben wir alle, glaube ich, eine Verantwortung, denn Demokratie ist nicht das, was andere für uns einfach machen.

Frenzel: Ja, ich glaube, da haben Sie sehr recht und wahrscheinlich auch die Verantwortung von Journalismus angesprochen an dieser Stelle, dass wir genau hinschauen, was ist Streit in der Sache, Argumentationsaustausch, vielleicht auch mal die Korrektur eines eingeschlagenen Weges, weil sich die Rahmenbedingungen geändert haben. Und was ist, wenn das Handwerk nicht stimmt, wenn man das Gefühl hat, da hätten vielleicht mal zwei Leute miteinander telefonieren sollen? Da hätte man vielleicht mal eine Richterkandidatin in die Fraktion einladen sollen, um mit ihr zu reden, bevor man über die Presse Dinge erfährt. Ich glaube, das ist doch auch der feine Unterschied, den wir machen müssen.

Klößner: Ja, das stimmt.

Frenzel: Ist jetzt zu häufig Sand im Getriebe? Diesen Eindruck kann man ja kriegen eigentlich, seit dieser Bundestag neu gewählt wurde, und das trifft natürlich die Regierungsmehrheit vor allem, denn die muss die Mehrheiten organisieren, dass er immer wieder an die Grenzen stößt eines Politikmodells, das vielleicht früher unter

anderen Bedingungen noch funktioniert hat und wo wir noch nicht so richtig gefunden haben, was die neue Antwort darauf ist.

Klößner: Das sehe ich anders. Also ich stimme Ihnen zu bei der Wahl der Verfassungsrichter. Aber bei den anderen Themen würde ich da widersprechen. Wenn wir alle zur gleichen Zeit das Gleiche denken und sagen, dann muss uns angst und bange werden. Entweder ist man dann Kanzler Wahlverein, wenn man keine anderen Stimmen hört.

Frenzel: Das kennen Sie in der Union, nicht, aus früheren Zeiten?

Klößner: Ja, es ist nett jetzt gesagt, aber wir sind kein Kanzlerwahlverein. Mir hat keiner die Hand geführt, wenn ich ein Kreuzchen gemacht habe. Ich meine, für einen guten Gag klingt das gut, aber ich meine, wir müssen einfach nur mal gucken, will man Geschlossenheit haben, dann ist es ein Kanzlerwahlverein. Wenn es Abweichler gibt, heißt es, der hat seine Leute nicht hinter sich. Also das Erwartungsmanagement an Politiker und Öffentlichkeit ist, sagen wir mal, anspruchsvoll, um es kurz zu sagen. Ich will uns da nicht ständig verteidigen, ich will uns nur mitnehmen ein bisschen auch in eine andere Perspektive. Ich persönlich wünsche mir viel mehr Streit in der Sache. Ich bin jetzt seit über 20 Jahren beruflich in der Politik. In diesen 20 Jahren hat sich schon etwas sehr stark verändert, Herr Frenzel. Es ist jetzt gar nicht so sehr, dass man sagt, Mann, da geht es jetzt hart zur Sache. Ich meine, Wehner und Strauß, die waren jetzt auch nicht die pädagogisch Feinen, also jetzt mal von der Sprache her. Aber wir merken schon, dass dieses Zuhören bei einem Argument sehr, sehr nachgelassen hat, dass es heute fast nur noch um Gesinnung geht. Also bin ich dafür oder dagegen? Teilst du meine Meinung, ja oder nein? Und wenn jemand meine Meinung nicht teilt, wird es gleich ein moralischer Graben, jetzt gleich demokratiegefährdend, wenn einer meine Meinung nicht teilt. Und ich finde, wir müssen es wieder hinkriegen, dem anderen zuzuhören, auch wenn er mich nicht überzeugt, aber der hat erst mal ein Recht auf die Argumentation, solange es im Verfassungsrahmen ist.

Frenzel: Frau Klößner, die Botschaft höre ich, und wer würde da widersprechen wollen, ja, vielleicht manche, aber hier in Frankfurt bei der Buchmesse niemand, vermute ich mal, und vielleicht auch im breiten Rund des Bundestages sicherlich nicht unter allen, aber dann wird es ja konkret irgendwann. Und es gibt eine Beobachtung, die, glaube ich, viele machen, eine Sorge, dass Unsitten der politischen Kultur oder auch vielleicht Methoden der politischen Kultur, die Populisten mit reingebracht haben, immer stärker einsickern in die politische Mitte, also dass man politische Streitfragen, Sachfragen letztendlich aufbauscht zu Kulturkämpfen oder dass man sich genau die Frage raussucht, bei der man weiß, die ist vielleicht

gar nicht relevant, aber sie emotionalisiert sehr stark. Und es tut mir leid, ich kann Ihnen jetzt natürlich die Veggie-Wurst nicht ersparen an dieser Stelle.

Klößner: Also ich habe nichts gegen die Veggie-Wurst. Ich würde gerne mit Ihnen ein bisschen in die Definition auch reingehen. Populistisch? Kein Journalist würde ohne Populismus, Stichwort Headline, überleben können. Eine Headline ist nicht sechs Zeilen lang, um ausdifferenziert etwas zu erklären. Eine Headline ist ein Lasso, und das ist populistisch, nämlich verständlich für die Bevölkerung. Also populistisch zu sein, jede Agentur, jede Werbung, jeder Journalismus, der erfolgreich ist, und auch Politik ist erst mal populistisch, um verstanden zu werden. Eine Komplexität, Gesetze haben manchmal sogar 70 Seiten, die kann ich Ihnen zumuten, aber da fallen Sie ins Koma, ehrlich gesagt. Also das heißt, man muss es doch verständlich rüberbringen. Das will ich einfach erst mal vorab sagen, dass wir auch nicht in gestanzte Wort- und Sicht- und Urteilsbilder kommen. Und der zweite Punkt ist, in die Mitte der Gesellschaft zu kommen. Mich treibt eher was anderes um, das ist die Blockbildung, die wir haben. Der Deutsche Bundestag, dem ich als Präsidentin vorsitzen darf, war noch nie so blockgebildet oder polarisiert, rein, jetzt mal zahlentechnisch, von der Verteilung, wie das jetzt der Fall ist, um es konkret zu machen. 10 Prozent der Plätze der Abgeordneten sind links außen. 25 Prozent sind rechts außen. Und dann kommt eines hinzu, was vor 20 Jahren so nicht war, als ich begann, da gab es noch Fax, das sind die digitalen Medien. Ich nenne sie nicht soziale Medien, weil sie selten sozial sind. Und jetzt ist es wirklich so, Herr Frenzel, dass diese Vier-Sekunden-Regel, ich wusste lange auch nicht, was damit gemeint ist, die Vier-Sekunden-Regel ist die TikTok-Regel. In den ersten vier Sekunden entscheidet sich, ob sie bei dem Reel, oder was das ist, bleiben oder ob Sie weiterwischen. Und das nimmt Eingang in unseren Plenarsaal, und das ist ein Problem. Der Kompromiss wird leider auch, muss ich sagen, durch diese Schnelligkeit in den digitalen Medien verächtlich gemacht, weil dort Bekenntnis gefordert ist. Aber Kompromiss ist die Grundlage unseres Zusammenlebens, weil nicht das Recht des Stärkeren hier zählt, sondern der Austausch und Zu- und Abgabe.

Frenzel: Sie hören das Interview der Woche im Deutschlandfunk, aufgezeichnet am Freitagnachmittag auf der Frankfurter Buchmesse. Julia Klößner ist unser Gast, Präsidentin des Deutschen Bundestags, die etwas nicht alleine gemacht, sondern angestoßen hat, nämlich eine Reform der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, das erste Mal in dem großen Stil seit 1980. Ich habe jetzt ein bisschen Sorge gehabt, wenn ich sage, Reform der Geschäftsordnung, dass dann ein Drittel des Publikums gleich wegnickt, aber Julia Klößner hat versprochen, das so zu erklären, dass wir erkennen, warum das wichtig ist.

Klößner: Ja, genau, populistisch sozusagen.

Frenzel: Ja, genau, machen Sie eine Schlagzeile.

Klößner: Ja, wir schränken mit der neuen Geschäftsordnung nicht die Redefreiheit ein, aber die Pöbelfreiheit. Ich glaube, Sie verstehen, was ich meine. Also es wird die größte Reform seit 45 Jahren, und in dieser Zeit, ich habe ja eben digitale Medien erwähnt, hat sich vieles verändert. Das weiß jeder, wenn man mal zurückschaut auf sein Leben. Und insofern haben wir jetzt bei dieser Reform der Geschäftsordnung erstens das Ordnungsgeld erhöht. Das heißt, wenn man ein Ordnungsgeld verhängt bekommt, weil man sich nicht an die Regeln gehalten hat, werden es nicht mehr 1.000, sondern 2.000 Euro sein. Und wer im Wiederholungsfalle dagegen verstößt, muss 4.000 Euro zahlen. Warum machen wir das? Weil es auch einige gibt, die haben Ordnungsrufe als, ich sage jetzt mal, Trophäen gesammelt. Dann sind wir plötzlich Kulisse, das wollen wir alle nicht, auch im Präsidium dieses Bundestages. Zweiter Punkt, es gibt junge Eltern. Die haben gerade ein Baby, und wir beklagen auf der anderen Seite, dass wir viel zu wenig Frauen im Bundestag haben. Also Frauen und Männer sind beide wichtig im Deutschen Bundestag. Wenn aber diejenigen, die die Hälfte unserer Gesellschaft ausmachen, nur zu einem Drittel im Deutschen Bundestag sind, dann fehlt auch etwas an Perspektive. Und das treibt mich deshalb um, weil ganz häufig junge Frauen uns sagen, und die haben ein Baby – klar, Männer kümmern sich auch, will ich gar nicht in Abrede stellen –, aber wenn ein Säugling da ist, ist es meist bei der Mutter. Und wenn man schnell zur Abstimmung muss etc., das sind Probleme. Deshalb haben wir ein paar, ich will es gar nicht zu weit ausdehnen, will es nur mit der Überschrift versehen, familienfreundlichere Regelungen eingebaut, weil wir häufig bis nachts debattieren, Abstimmungen um 1:30 Uhr nachts. Was machen Sie denn mit Ihrem Kleinen, das gerade eingeschlafen ist, und Sie müssen jetzt hindüsen? Das ist relativ schwierig, zumal wenn diese Abstimmungen vorher nicht angekündigt worden sind. Und wir machen aber auch die Debatten lebendiger. Heute ist es so, dass Sie während einer aktuellen Stunden keine Zwischenfragen stellen dürfen, aber die Zwischenfragen machen das lebendiger. Also ich könnte es noch weiter aufzählen, aber das sind einfach so Beispiele. Und vielleicht noch der Fairness halber für die Fraktionen, dass keine Fraktion zweimal dran kommt, bevor nicht alle Fraktionen dran waren im Redeteil, das ist immer wichtig auch für die Kernzeit, wenn was übertragen wird, so etwas. Also das ist die größte Reform, die haben wir gestern Abend dann beschlossen nach intensiver Arbeit. Und jetzt müssen wir sie halt anwenden. Und das ist ganz wichtig.

Frenzel: Ja, Sie haben das ja sehr begrüßt, Hanna Steinmüller, die GRÜNEN-Abgeordnete, dieses Bild haben vielleicht viele gesehen, die mit Baby auf dem Bauch dann ihre Rede gehalten hat. Ich höre Sie gerade, und ich höre eine Julia

Klößner, die vielleicht viele anders wahrgenommen haben, gerade in den ersten Monaten ihrer Präsidentschaft des Bundestages, wo man den Eindruck hatte, mit wem legt sich die Julia Klößner eigentlich am liebsten an. Sie haben die Neutralität ganz stark nach vorne gezogen, also dass man keine Symbole zeigt, keine T-Shirts trägt mit Aufschriften. Und das hat gar nicht so sehr die dann doch irgendwie recht disziplinierte AfD getroffen, sondern vor allem die Linke. Und da war bei vielen die Frage, diese Neutralität, die Sie da so nach vorne stellen, trifft das möglicherweise eigentlich die, die es gar nicht treffen müsste?

Klößner: So, das ist eine Interpretation Ihrerseits. Wieso soll es die Linke nicht treffen, wenn sie sich nicht ordentlich verhält? Also ich meine, das ist doch Neutralität. Neutralität ist keine Geschmacksfrage, ist keine Frage, ob mir das gefällt, was auf dem Plakat ist. Es ist keine Frage, ob mir das gefällt, was auf dem T-Shirt geschrieben ist, sondern als Präsidentin bedeutet Neutralität bei der Amtsausübung, dass die Maßstäbe für jeden gleichermaßen gelten, für jeden Abgeordneten und für jede Fraktion.

Frenzel: Aber vielleicht hat sich natürlich da auch ein bisschen was verändert, denn diese Neutralität, das kommt ja aus einer Zeit, als wir gesehen haben, wie Nationalsozialisten beispielweise den Reichstag damals bespielt und eben auch terrorisiert haben. Heute haben wir aber vielleicht die Situation, dass die Wölfe im Schafspelz also mit Anzug und Krawatte dort sitzen und die anderen vielleicht für sich in Anspruch nehmen, wehrhafte Demokratie, das muss doch auch irgendwie sichtbar sein.

Klößner: Jetzt lassen wir mal die Kirche im Dorf. Also Sie sind doch nicht wehrhaft mit einer Baskenmütze. Also da glaube ich, müssen wir jetzt noch mal normal hier reingehen. Von 23 Ordnungsrufen hat die AfD 20 Ordnungsrufe bekommen. Wer da sagt, ich sei auf dem rechten Auge blind, der ist selber in der Wahrnehmung ein bisschen eingeschränkt. Und deshalb sage ich noch mal sehr, sehr klar, es gibt Regeln, die sich der Deutsche Bundestag selbst gegeben hat vor meiner Zeit. Man kann es ändern. Man kann sagen, Kopfbedeckungen wollen wir jetzt explizit. Und dann ist der Kreativität keine Grenze gesetzt. Aber man kann nicht sagen, dass der Deutsche Bundestag, das Hohe Haus, und ich komme da rein mit Rucksäcken, als wolle ich das Land über Nacht verlassen. Und da bin ich sehr, sehr klar. Wir sind zum Glück in einem Land, wo das Wort, das freie Wort nicht geahndet wird. Und das heißt, dass der Abgeordnete das freie Wort nutzt. Wir sind ein Parlament des Wortes und nicht der politischen Aktivisten, wo Plakate plötzlich ausgerollt werden und irgendwelche Aufschriften. Und weil ich jetzt gut in Fahrt bin, lassen Sie mich das noch erwähnen, Stichwort Regenbogenfahne. Nein, aber ich sage es noch mal.

Frenzel: Nein, aber ich glaube, Frau Klöckner, in dem Zusammenhang ist das wahrscheinlich auch entstanden, ein gewisses Misstrauen, dass man sich gefragt hat: Wogegen kämpft diese Frau eigentlich vordergründig?

Klöckner: Ich kämpfe gegen Vorurteile. Ich kämpfe gegen individuellen Geschmack, wann ein Prinzip ein Prinzip sein soll. Ein Prinzip ist dann ein Prinzip, wenn es zeit- und betroffenen- und situationsunabhängig gilt. Also wenn es eine Regel gibt, dass in den Fenstern des Deutschen Bundestages keine Plakate hängen dürfen, das gilt seit 2018, als Herr Erdoğan in Deutschland war und einige mit sehr, durchaus, dubiosen Werbesprüchen und auch Beschimpfungen vom Bundestagsfenster aus sich erkenntlich zeigen wollten. Das wurde verboten, also gilt das. Es gilt prinzipiell und nicht, ob mir das gefällt, was auf dem Plakat ist oder nicht. Wer bestimmt denn, ob das okay ist, was auf dem Plakat ist und was nicht? Das ist Willkür, so etwas, weil es dann Geschmack ist. Denken Sie nur, es wären die Falschen, in Anführungsstrichen, dran. Dann würde deren Geschmack auch gelten, also gilt Prinzip.

Frenzel: Frau Klöckner, es ist natürlich in einer Situation, wo man das Gefühl hat, das Rechte für Minderheiten, für queere Menschen wirklich massiv unter Druck stehen, weltweit, aber auch ganz konkret zum Beispiel auf deutschen Straßen, kriegt das natürlich dann eine Symbolik, die jenseits dieser formalen Regeln noch mal eine ganz andere Wucht entwickelt.

Klöckner: Das sehe ich komplett anders. Ich habe jetzt echt Spaß mit Ihnen hier.

Frenzel: Das merke ich, ja.

Klöckner: Weil die Symbolik geben Sie ihr. Die Symbolik geben die Betroffenen, also würde die Freiheit von queeren und homosexuellen Menschen davon abhängen, ob wir die Regenbogenfahne in Deutschland hissen. Nein, die hängt davon ab, ob unsere Polizei den CSD schützt. Und das hat er gemacht. Und das heißt, der Christopher Street Day, den ich unterstütze, nicht alle Forderungen, die dort verabschiedet werden, aber das ist Freiheit. Dass dieser CSD stattfindet, das ist wichtig. Die ganzen „Queers for Palestine“, das kriegen die im Gazastreifen nicht hin. In Deutschland geht so was. Hier können Sie demonstrieren für queer und homosexuelle Rechte, und zwar zu Recht. Und deshalb haben wir dafür gesorgt mit unserer Polizei, dass die Polizei in Deutschland solche Demonstrationen schützt, dass sie stattfinden können. Ich habe die Regenbogenfahne hissen lassen.

Frenzel: An einem Tag.

Klöckner: Am 17. Mai, gerne zugespitzt von geneigten Kreisen, Klöckner verbietet Regenbogenfahne. Das ist intellektuell unterkomplex. Und ich habe ganz bewusst

die Regenbogenfahne am 17. Mai hissen lassen, weil das der parlamentarische Bezug ist. Der 17. Mai ist der Tag gegen Queerfeindlichkeit, gegen Homophobie, die Diagnostik, dass Homosexualität eine Krankheit sei, wurden fallengelassen, zu Recht. Die NS-Gesetzgebung gegen Homosexuelle wurde für nichtig erklärt, zu Recht. Auf dem symbolischen Tag 17. Mai, da habe ich bewusst als Bundestagspräsidentin die Regenbogenfahne hissen lassen, und am CDS nicht, und das aus einem Grund, aus mehreren Gründen. Es gibt einen Flaggenerlass der Bundesregierung, noch von der früheren SPD-Innenministerin erlassen, dass man nur einmal im Kalenderjahr die Regenbogenfahne hisst. Und insofern daraus einen Kulturkampf zu machen, ich muss sagen, diejenigen, die das als Kulturkampf bezeichnen, haben selber ein Interesse am Kulturkampf, und wenn ich eine verlässliche Institution repräsentieren soll, dann müssen wir auch verlässlich in der Befolgung unserer eigenen Regeln sein.

Frenzel: Julia Klöckner, Sie sind jetzt seit einem halben Jahr etwa im Amt der Bundestagspräsidentin. Sie haben das alles geschildert, diese Diskussionen, diese heftigen Diskussionen, die es gab. Vielleicht das als abschließende Frage: Inwieweit hat Ihnen das aber auch zu denken gegeben, dass Sie vielleicht im Stil, in der Ansprache, in der Art, wie Sie Dinge kommunizieren, vielleicht mehr präsidial rüberkommen und vielleicht weniger, wie man Sie lange kannte, eben als CDU-Politikerin?

Klöckner: Ja, wer definiert denn, was präsidial ist?

Frenzel: Sie im Zweifel, aber die Menschen auch, die das Gefühl haben, dass Sie die Bundestagspräsidentin – ich meine, aller Deutschen, das ist jetzt sehr groß, aber zumindest so verortet sind, dass zum Beispiel die GRÜNEN nicht sagen, ich zitiere mal, also wir haben gesehen, wie Robert Habeck sich in seinem Abschiedsinterview auch noch mal zu Ihnen geäußert hat.

Klöckner: Ja, ist das sein Problem oder mein Problem?

Frenzel: Ja, die Frage würde ich Ihnen wirklich stellen. Das ist vielleicht sein Problem, aber es ist natürlich dann auch ein Stück weit Ihr Problem, weil Sie sind ja schon auch die Bundestagspräsidentin, die eine Akzeptanz in der politischen Mitte braucht. Und dazu zählen die GRÜNEN ja.

Klöckner: Also wenn die AfD den Rücktritt meiner Vorgängerin gefordert hat, dann ist das kein Problem, was das Präsidiale angeht. Wenn die Linke meinen Rücktritt fordert, ist es plötzlich das Problem das Präsidialen.

Frenzel: Ich meinte aber die GRÜNEN.

Klößner: Ja, aber das ist doch erwartbare Reflexhaftigkeit. Also ich meine, heute haben die GRÜNEN gesagt, dass der Kanzler nicht des Kanzleramtes würdig sei. Leute, manchmal sagt das mehr was über den Absender als über den aus, der getroffen werden soll. Also wenn ein ehemaliger Wirtschaftsminister so einen Abtritt hinkriegt, weil er nicht mehr gewählt worden ist, dann muss ich sagen, man kann auch in Würde in Opposition gehen. Aber ich habe noch nie, wirklich noch nie in meiner über 20-jährigen Parlamentarischenschaft so viele Zuschriften der Bevölkerung bekommen, noch nie, zu dem Thema mit dem Wunsch: „Bitte sorgen Sie dafür, dass mehr Anstand in diesem Parlament ist.“ Und unser Problem ist, glaube ich, ein anderer, und das treibt mich um, dass die öffentliche Meinung und die veröffentlichte Meinung sehr, sehr weit auseinandergehen. Und das bringt leider Bürgerinnen und Bürger auch zu extremen Parteien. Sofort mir Homophobie vorzuwerfen, nur weil ich die Fahne nicht hisse, weil es jemand bestellt beim Deutschen Bundestag? Wir sind der Deutsche Bundestag, wir haben die Fahne Schwarz-Rot-Gold. Darüber gibt es eigentlich gar nichts mehr. Und da, finde ich, müssen wir es wieder schaffen, Sie machen einen Punkt, ich sage, stimmt, hat mich noch nicht überzeugt. Und Sie sagen, Sie haben es argumentiert, überzeugt mich nicht. Und dann, finde ich, ist das Ausdruck guter Demokratie, aber nicht canceln, abwerten und aburteilen. Debatte statt jemanden mundtot machen zu wollen oder mit Moral übersäen zu wollen. Damit meine ich jetzt nicht die Journalisten per se. Das wäre ja falsch, aber ich wünsche uns, dass wir uns klarer machen, dass Demokratie nicht etwas ist, was andere für uns erledigen. Wissen Sie, dieser Wunsch nach Autoritäten, das spüren wir immer wieder. Auch was ich an Zuschriften kriege: „Dann regeln Sie das, dann klären Sie das, machen Sie eine Ansage.“ Nein, Demokratie ist keine Ansage, sondern eine Mehrheitsfrage, eine Überzeugungsfrage. Und das ist das, wofür ich kämpfe und streite und dass wir nicht nach Geschmack gehen, sondern man muss der Institution Deutschen Bundestag wieder vertrauen, und 22 Prozent ist einfach zu wenig.

Frenzel: Julia Klößner, Präsidentin des Deutschen Bundestages, hier auf der Frankfurter Buchmesse, herzlichen Dank für das Gespräch.

Klößner: Sehr gerne.